

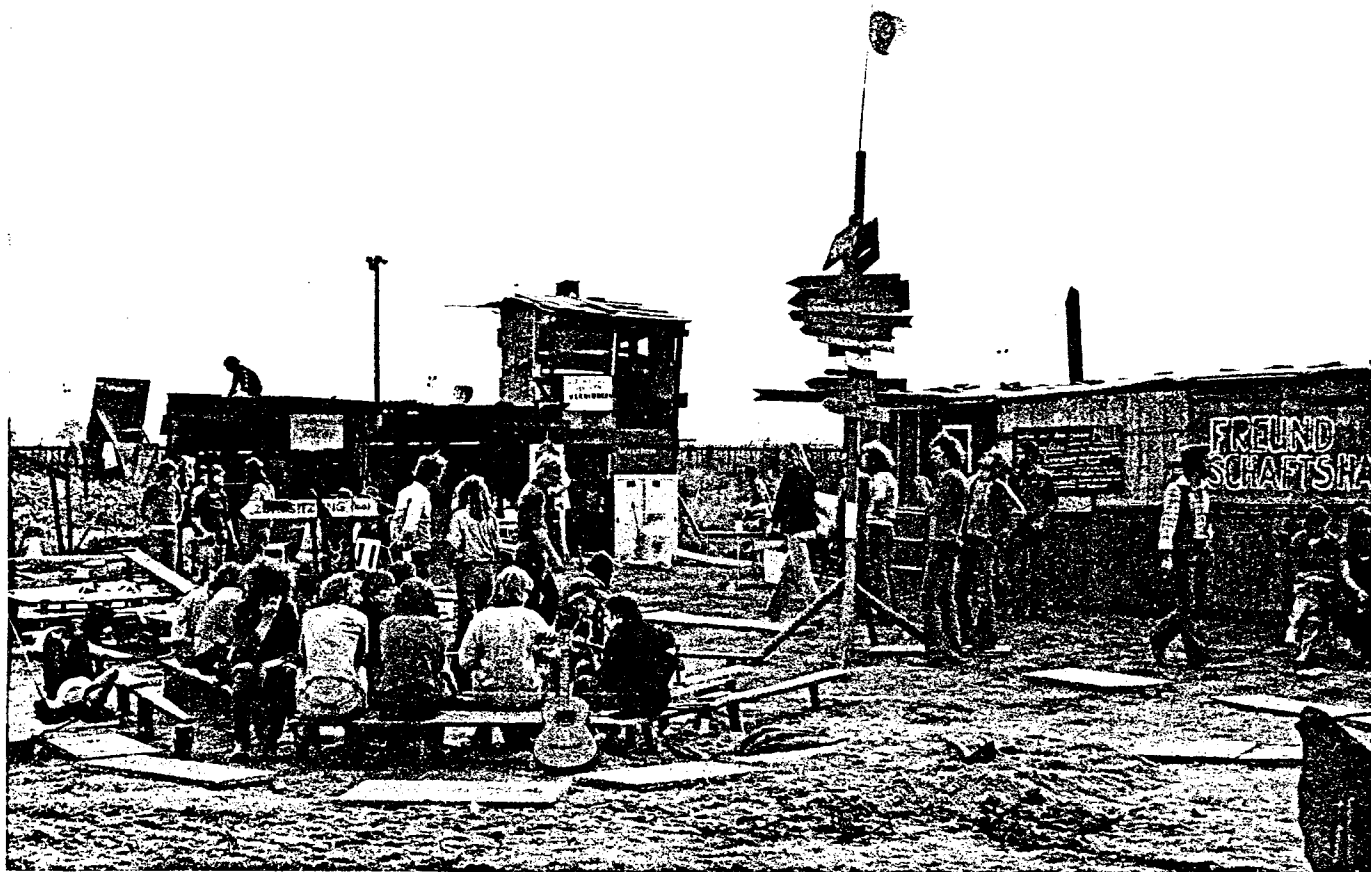
# anti-akw telegramm

# n°5

17.8.1977

ruf 040/402782

arbeitskreis politische ökologie / lütterothstrasse 33 / 2 hamburg 19



das anti-atom-dorf am akw-brokdorf

am freitag, den 5.8.77 wurde das anti-atom-dorf direkt am baugelände des akw-brokdorf gegen 6 uhr morgens aufgebaut. viele menschen haben am aufbau des lagers teilgenommen und wir haben deutlich gezeigt, daß wir am praktischen widerstand festhalten.

das lager sollte dazu beitragen, den weiterbau des akw-brokdorf praktisch zu verhindern: den bauplatz bewachen, vorposten und kontaktstelle für alle bi's sein, die verhinderung der rückführung der baumaschinen unterstützen und mit vielen menschen über die gefahren von atomanlagen und über den widerstand dagegen diskutieren.

am dienstag, den 9.8.77 wurde das lager mit großem polizeiaufgebot geräumt und gegen mittag zerstört.

wir setzen den widerstand verstärkt fort. unser nächstes ziel ist es, die rückführung der baumaschinen zu verhindern und den prozeß vor dem oberverwaltungsgericht lüneburg öffentlich vorzubereiten.

malville - bourgoin

6.8.-7.8:77 prozeß gegen 12 teilnehmer der malville-kundgebung.

die verhandlung dauerte von sonabend 9.10 uhr bis sonntag 10.30 uhr, nur von wenigen pausen unterbrochen.

im ort des prozesses, bourgoin in der nähe von lyon, hatten sich ca. 2000 akw-gegner versammelt.

auf dem marktplatz hatte das malville-komitee eine lautsprecheranlage aufgebaut, über die laufend prozeßberichte verbreitet wurden. immer wieder wurden lieder gesungen, sprechchöre in allen sprachen dröhnten tag und nacht durch den kleinen ort. innerhalb von wenigen stunden wurde für manfred schulze aus bremerhaven, dem durch eine granate eine hand abgerissen worden war, ca. 2000 ff gesammelt. für die angeklagten wurde verpflegung aller art zusammengetragen.

12 akw-gegner, 3 franzosen, 2 schweizer und 7 deutsche, waren angeklagt, bei der großen demonstration am 31.7. gegen den schnellen brüter, der bei creys-malville gebaut wird, mit "molotow-cocktails", "schleudern", usw. polizisten angegriffen zu haben. sie waren am 31.7. stunden nach der demonstration und viele kilometer vom demonstrationsort entfernt verhaftet worden.

die verhafteten akw-gegner sprachen sich dafür aus, im prozeß das recht, gegen atomanlagen zu kämpfen, zu verteidigen, trotz der versuche sie einzuschüchtern:

die brutale behandlung durch die polizei nach ihrer verhaftung, die unglaublichen methoden der "identifizierung von gewalttätern" - man hatte sie zum b. aus einem fenster der polizeikaserne gehalten, auf dem hof standen polizisten und "identifizierten" sie natürlich alle, - die einsperrung im gefängnis für schwerkriminelle in bourgoin, in das auch die verteidiger nur mit sondergenehmigung kamen; die totale postzensur - keine der zahlreichen solidaritätsadressen kamen an.

ein bericht über den verlauf des prozesses wird der ermittlungsausschuß noch geben.

die aussagen der polizisten waren offensichtlich abgesprochen, und konnten von der verteidigung ad absurdum geführt werden. die anklagen brachen in sich zusammen.

am sonntag 10 uhr gab das gericht das urteil bekannt.

verurteilt wurden:

3 personen zu 6 monaten gefängnis mit bewährung  
( 2 deutsche: lucien bechlof, 32, student in frankfurt  
roland müller, 24, student in berlin  
1 franzose: lucien mons, 29, arbeitslos aus paris )

3 personen zu 3 monaten gefängnis, 2 davon mit bewährung  
( 2 deutsche: josef schweizer, 26, aus berlin  
hans jäger, 25, student aus berlin  
1 schweizer: rudolf kraendhul, 20, aus genf )

2 personen zu 1 monat gefängnis mit bewährung  
( 1 deutscher : hartmund, 27, student aus hannover,  
wegen besitz einer verbotenen waffe  
1 französische : therese claramaglia aus marseille )

4 personen wurden freigesprochen  
( 2 deutsche : konrad hindenberger, 24, student aus göttingen  
herbert nebel, 25, aus berlin  
1 schweizer: joel schnitt, 21, aus genf  
1 franzose : benoit dorat, aus reims )

daraufhin wurden 6 der 12 angeklagten freigelassen.  
die 4 ausländer unter den freigelassenen, auch die,  
die von allen vorwürfen freigesprochen waren, wurden mit  
einer frist von 24 stunden ausgewiesen.  
ein politisches urteil, das dazu beitragen soll, gegen  
den entschiedenen widerstand der bevölkerung, das  
atomprogramm durchzusetzen.

alle verurteilten legen berufung ein. die verhandlung wird  
in grenoble stattfinden. es gibt eine garantie des franzo-  
sischen justizministers, daß die verhandlung noch vor  
ende august stattfinden und die strafen nicht erhöht  
werden.

unmittelbar nach der kundgebung hatten die teilnehmer  
begonnen, die solidarität zu organisieren:  
zeugen sammeln, rechtsanwälte besorgen, öffentlichkeit  
herstellen. dem ermittlungsausschuß sind bisher unkosten  
in höhe von ca. 3000 dm entstanden.

rechtshilfekonto der buu : kontonr. 11/18413  
westbank hamburg  
blz 200 300 00

#### solidaritätsaktionen zu malville

stellungnahmen und aktionen siehe auch telegramm 4.  
solidarität heißt vor allem, den praktischen widerstand  
gegen das atomprogramm fortzusetzen.

in fast allen größeren städten westeuropas gab es  
solidaritätsaktionen, dazu einige beispiele.

kassel : 200 leute - schweigemarsch  
frankfurt : 1000 leute - fackelzug zur franz. botschaft  
bremen : 500 leute - protestkorsos zur franz. botschaft  
westberlin : 1000-1500 leute, veranstaltung - fackelzug  
nürnberg : besetzung einer kirche  
hamburg : 1500 leute - demo zur franz. botschaft, sprüche  
u. z.t. zerstörte scheiben in hew-zentren,  
veranstaltung in audimax ( 800 leute ),  
demo innenstadt ( 2000 leute )  
brüssel : 100 leute stoppen zug nach paris  
zürich : 600 leute - fackelzug zum franz. konsulat  
genf : 800 leute - kundgebung  
italien : demonstrationen, z.t. mit über 1000 leuten  
frankreich : demo vor dem deutschen konsulat in lyon,  
straßensperrungen, um lkw mit aktw-bauteilen  
zu stoppen.

9-7-77

in montpellier ist in der nacht vom 7.8. auf den 8.8. ein bomben(?)anschlag auf eine einrichtung der electricite france verübt worden. es gab mehrere davon in letzter zeit.

5 gewerkschaften bestimmter regionen, unter anderem auch die kommunistischen gewerkschaften, haben für donnerstag, den 10.8. für einen eintägigen streik gegen diese attentate aufgerufen! begründung: stromversorgung ist ein nationales interesse, etc.

---

#### hanburg-rohterbaum

die stadtteilgruppe rohterbaum schlägt vor, eine wählergemeinschaft "atomkraft NEIN DANKE" für die bürgerchaftswahl im april 19878 zu gründen, und bittet um diskussion des vorschlags in den bi's.

DER KRITISCHE DOKUMENTARFILM: "zum erfolg verdammt" über die arbeit und das leben in und bei der wiederaufbereitungsanlage la haque (55 min., 16mm, 86,51 dm leihgebühr) bei zentral-filmverleih, karl-muck-platz 9, 2 hamburg 36, tel. 040/345544. - literatur zum film bei ulrike jenkins, stef-fensweg 118, 2800 bremen 1: broschüre "verdammt zum erfolg" (filmtext, streikbericht, etc.) dm 3,50; filmtext dm 1,--.

#### klagen gegen akws

über folgende klagen gegen atomanlagen kann man sich informieren bei: walther sojka, wendtstr.22, 28 bremen (prozeßbevollmächtigter) oder: ökokontor, henngesstr. 12, 3 hannover 91

- Einwendungen und klage, um ein plutoniumverbot durchzusetzen, wird erhoben werden (einstiegsmöglichkeit für weitere kläger bis mitte '77).
- akw stade: klage gegen 7. teilgenehmigung und ergänzung und änderung der 6. und 7 teilgenehmigung wird erhoben.
- akw krümmel: klage wird erhoben, insbesondere gegen 4., 5. und 6. teilgenehmigung, sowie weiterer, der öffentlichkeit nicht zugänglich gemachter genehmigungsbescheide.
- akw philippsburg: II. klage gegen die atomrechtliche genehmigung wird erhoben.

#### Anklage gegen akw-gegner

Inzwischen gibt es gegen 7 leute aus dem anti-atom-dorf grohnde anzeigen wegen: schweren landfriedensbruch, körperverletzung, raub (einem wachmann wurde ein walkie-talkie geklaut), nötigung, schwerer eingriff in die verkehrssicherheit.

Wegen ständiger störung eines prozesses gegen 3 akw-gegner ist prof. jens scheer im landgericht oldenburg festgenommen und vom vorsitzenden zu 3 tagen ordnungshaft verurteilt worden.

## hamburg

die akw-nein-gruppe in der esg hamburg hat den folgenden antrag im gemeinderat der esg gestellt: "die esg entzieht dem bisherigen donnerstagsplenum das tagungsrecht, weil nicht mehr gewährleistet ist, daß andere gruppen gleichberechtigt mitarbeiten können. dazu gehört die esg mit ihrer initiativ-gruppe gegen atomenergie selbst." die gruppe hat der be- gründung des antrags ein siebenseitiges papier erstellt. seit nov. 75 fand jeden donnerstag in der esg das plenum aller hamburger buu-gruppen statt. Am 14.7.77 zogen alle bürgerinitiativen aus, die dem KB vorwerfen, daß er durch rücksichtsloses ~~schaffen~~ von deligierten-mehrheiten versucht, seine gruppen-politik unter dem etikett buu durchzusetzen (vergl. telegramm 2!). Der kb und die von ihm dominierten gruppen blieben allein in der esg zurück. Seit dem gibt donnerstags zwei plena: in der esg das kb-plenum. Im phil-turm das koordinierungstreffen der hamburger buu-gruppen, das die funktion hat: Informationsaustausch, darstellung der arbeit, koordinierung gemeinsamer aktionen, gegenseitige unterstützung, diskussion politischer grundlagen.

Arbeitsweise: die gruppen arbeiten autonom und gleichberechtigt (stadtteilgruppen, funktionsgruppen, projektgruppen, wie z.b. die lagervorbereitungsgruppe). Keine deligierten und funktionäre, kein vorstand, keine abstimmungen, wer was im namen der buu sagen darf.

Stattdessen: gruppen stellen vorschläge dar und stellen fest, wer sich diesen vorschlägen anschließt, z.b. folgende gruppen der buu und der marschenkonferenz schlagen vor, ein lager durchzuführen, resolutionen werden vorgestellt, begründet, diskutiert; es wird festgestellt welche gruppen sich ihr anschließen, diese gruppen unterzeichnen.

Der antrag der esg-gruppe soll dazu führen, daß die buu ihr plenum wieder in der esg durchführen kann. Auf dem plenum wurde besprochen, daß hamburger stadtteilgruppen briefe an den rat der esg schreiben sollten, in denen der antrag unterstützt wird, und begründet wird, warum das kb-plenum nicht die buu hamburg repräsentiert.

Adresse: esg-gemeinde-rat, mlk-haus, grindelallee 9, 2 hh 13

## kalkar

24. 9. 77 großkundgebung am bauplatz des geplanten schnellen brüters. die örtlichen bis haben ein papier zur diskussion an alle bis der brd verschickt. zitate daraus:

wir wollen uns in kalkar sammeln, um dann zum brüter zu marschieren. dabei rücken wir nicht ab von unserem recht, diese kundgebung am bauplatz und nicht anderswo durchzuführen. wir halten bauplatzbesetzungen, wie in wyhl, brokdorf und grohnde für berechnigte kampffaktionen. wir halten eine bauplatzbesetzung in kalkar am 24.9.77 jedoch für nicht durchführbar. eine spätere besetzung wird hierdurch nicht ausgeschlossen.

auf der kundgebung sollen verschiedene persönlichkeiten verschiedener politischer auffassungen sprechen. daneben spricht ein vertreter der niederländischen gewerkschaften, die sich gegen akw aussprechen. hauptsächlich soll ein umfangreiches kulturprogramm laufen mit verschiedenen sängern wie mossmann, anti-akw-gruppen oder theatergruppen.

zur vorbereitung der großkundgebung in kalkar wird für eine bundeskonferenz eingeladen, die im raum bochum/dortmund am 27./28. 8. 77 stattfinden soll. beginn sa. 27. 8. 13.00 uhr. um unterbringung und versorgung zu gewährleisten, ist es unbedingt erforderlich, daß ihr euch in kleve/kellen, haus am damm bis 20. 8. 77 anmeldet.

tagesordnung: festhalten am delegiertenprinzip, bericht über den neuesten stand der entwicklung in und um kalkar, und die bisherige arbeit des planungsausschusses, diskussion der bis, beschlußfassung über den demoaufruf, beratung der ausschüsse (saniausschüsse, ermittlungsausschüsse, verkehrsausschüsse, kultur-ausschüsse), zusammensetzung der demoleitung und organisierung der kundgebungen, gesamtstrategie und taktik über den 24.9. hinaus.

#### fotos und filme aus malville

alfred horn, walpodenstr.7, 6500 mainz 1, tel. 06131-23153, schlägt vor, daß alle, die in malville fotos und filme gemacht haben, sich im rahmen der bundeskonferenz zur vorbereitung von kalkar zu einer arbeitsgruppe zusammenfinden. ziel: einen gemeinsamen film machen, eine dokumentation herzustellen, um daraus zu lernen.

#### Hameln

13.8.77 : Solidaritätskundgebung in hameln für das anti-atom-dorf in grohnde. Mit mehreren wissenschaftlern und ca. 900-1000 akw-gegnern. Nach der kungebung formiert sich ein zug von mehreren fahrzeugen zum anti-atom-dorf grohnde. Jens scheer wird von zivilpolisten gestoppt, angeblich zu schnell gefahren, der konvoi halt, die fahrzeuge der zivilpolizei werden umringt. Die zivilpolisten fordern über funk verstärkung durch mannschaftswagen an. Angeblich hat ein akw-gegner ein mit einem atomkraft-nein-danke-aufkleber getarntes zivilfahrzeug beschädigt. Nachdem die mannschaftswagen eingetroffen sind. springt ein zivilpolizist, mit pistole und chemical mace bewaffnet, aus seinem wagen und verfolgt diesen akw-gegner.

Während der verfolgungsjagd verliert er seine dienstwaffe, kann sie jedoch wieder aufheben; während der ganzen jagd versprüht er "vorsichtshalber chemical mace, einige der umstehenden bekommen etwas ab. Der akw-gegner wird vom zivilpolizisten in die nähe der mannschaftswagen und polizei getrieben, dort festgenommen und zur hauptwache abtransportiert.

Nachdem ein anwalt informiert worden ist, setzt sich der konvoi um ca. 17:15 uhr richtung hauptwache in bewegung. Dort wird der vorfall von den anwesenden (ca. 150 leute) über megaphon den passanten und bewohnern der umliegenden häuser bekanntgemacht.

Die polizei formiert sich hinter den toren der hauptwache, während die anwesenden lautstark die freilassung von detlef fordern, die polizei zeigt keine reaktion darauf.

Ca. 18:10 uhr wird ein vorbeifahrender streifenwagen gestoppt. Der polizei wird mitgeteilt, daß der streifenwagen erst dann weiterfahren darf, wenn sie mitteilt, was weiter mit detlef geschehen wird. Die antwort der polizei ist ein ausfall um 18:20 uhr: die herausstürmenden polizisten (ca. 60) knüppeln ohne vorwarnung auf alle ein, die sich in ihrer reichweite befinden und setzen auch chemical mace ein.

Um 18:23 uhr werden zwei demonstranten festgenommen. Selbst nachdem diese sich nicht mehr wehren können, wird noch wild auf sie eingeschlagen. Daraufhin fliegen die ersten flaschen und steine. Mit durch diese aktion kann verhindert werden, daß noch mehr leute festgenommen werden.

Ein mann bleibt nach dem rückzug der polizei am boden liegen. Durch mehrere schläge auf kopf (ungeschützt) und körper hat er eine gehirn-erschütterung und schwere prellungen erlitten. Der angriff, bei dem noch weitere leute verletzt worden sind, ist um 18:25 beendet. Anschließend fährt die polizei zwei wasserwerfer vor die tore der hauptwache, die jedoch nicht eingesetzt werden. Die polizei weigert sich zunächst, die beiden verletzten festgenommenen ärztlich versorgen zu lassen. Nach längerer diskussion wird einer ärztin gestattet, die beiden festgenommenen zu untersuchen. Die beiden sind augenscheinlich nicht so schwer verletzt, daß sie in krankenhaus gebracht werden müssen, später werden jedoch schwerere armverletzungen festgestellt. Es wird beraten, ob als druckmittel für die freilassung der festgenommenen hauptverkehrsstraßen in hameln besetzt werden sollen. Es wird dann aber beschlossen, daß alle vor der hauptwache bleiben, bis die festgenommenen freigelassen werden.

Um ca. 19:45 uhr wird detlef endlich freigelassen.

Um 19:45 uhr wird bekanntgegeben, daß die beiden anderen innerhalb der nächsten 30 min. freigelassen werden; ausnahmsweise stimmte dies mal, denn um ca. 20:15 uhr werden die beiden anderen festgenommenen ebenfalls freigelassen.

Detlef soll wegen sachbeschädigung und landfriedensbruch angeklagt werden, die beiden beim ausfall festgenommenen wegen landfriedensbruch.

Um 20:30 uhr fahren wir im konvoi (ca. 5 km lang) zum anti-atom-dorf grohnde.

### Grohnde

11. august (dpa). Der bürgermeister von emmerthal, fritz saacke, der gleichzeitig cdu-landtagsabgeordneter und landrat in hameln ist, hat am donnerstag bei der staatsanwaltschaft des landgerichts hannover strafanzeige gegen die besetzer des kühlturngeländes in grohnde gestellt, um seiner forderung nach räumung des anti-atom dorfes nachdruck zu verleihen.

Es finden dauernd bürgerwehr-versammlungen statt. Vermutung: sie wollen das dorf angreifen, die landesregierung tritt dann als schlichter auf und liquidiert das dorf. Die praktische unterstützung des dorfes ist z.zt. besonders wichtig, gerade weil das brokdorf-lager geräumt wurde. Vorallem sollten sich leute finden, die über das wochenende hinaus, für längere zeit dort wohnen.

kontakt: 05151/21967

### Gießen

Eine gießener gruppe von akw-gegnern zieht in diesen wochen mit fahr-rädern und einem vw-bus durch die lande. Sie spielt in kleineren orten und städten ein anti-akw-stück. Es wird versucht, mit den leuten ins gespräch zu kommen und informationsveranstaltungen zu machen. Bisherige route: amöhneburg, treupa, borken, bad wildungen, kassel. Die fahrt geht in richtung grohnde. Wer lust hat mitzumachen, kann sich in gießen informieren. Tel: 06403/3640 .

### Veltheim/weser

Geplantes akw bei veltheim/weser (porta westfalica). Unterschriftenlisten dagegen erhältlich bei dieter schaarschmidt, collegium humanum, 4973 vlotho. Bis 31.8. zurücksenden.

## termine

### kalkar

Berufungsprozess vor dem oberverwaltungsgericht am 18. august '77 gegen die 1. teilgenehmigung des snr 300 - beginn mit einem auftakt beim standort um 10:30 uhr - mündliche verhandlung am gleichen tage in kleve um 14:30 uhr im kreishaus, nassauer str. 1 - 5 im sitzungssaal.

Erörterungstermin zum kühlturn ist der 25./26. august in der stadthalle in kleve.

### bergedorf

Am 21.8.77 zeigt die autonome bi bergedorf die filme: "verdamm't zum erfolg" (90 min. über die franz.waa la hague), und "kaiseraugst" (20 min.).

Ort: voraussichtlich "easy", brookdeich 14, bergedorf

Kontakt: shorts, tel. 7214744

### hamburg

1.10.1977: beginn des stromboykotts gegen die hew. Mindestens 250 leute haben sich bisher bereit erklärt, 10% der stromrechnung auf ein sonderkonto zu überweisen.

Buu-plenum-hamburg: jeden donnerstag um 19:00 uhr im phil-turn.

### Marschenkonferenz

Glückstadt, 14-tägiges treffen, gaststätte raumann; nächster termin: 26.8.77 um 20:00 uhr.

### Barsebäck

Internationale großkundgebung am 10.9.77 in barsebäck/schweden (siehe telegramm 2!).

Beginn der demo in lomma, nördlich von malmö.

Information über oaa-dänemark, skindergate 26 I, dk-1159-kopenhagen

+++++

## Grohnde-Prozesse

19.8.77, 18:00 uhr, audimax., hannover

Veranstaltung des dortigen ermittlungsausschusses zur solidarität mit den verfolgten aus grohnde.

Davor pressekonferenz. Die presseerklärung der angeklagten ist dem telegramm angeheftet.

Es gibt verschiedene unterschrittslisten zur solidarität mit den angeklagten. Die hauptforderung ist: "einstellung aller straf- und ermittlungsverfahren gegen akw-gegner!"

Ziel ist mindestens 10000 unterschritten zu bekommen, die unterschritten werden nicht veröffentlicht, sondern beim notar hinterlegt.

Alle bi's sollten sich an der unterschrittensammlung beteiligen, und auch die örtlichen parteien, verbände, etc. dafür zu gewinnen versuchen.

Die unterschritten senden an: ermittlungsausschuss hannover, z.hdn. götz buchholz, limmerstr. 99, 3 hannover 9.

die ermittlungsausschüsse schlägen vor, die kriminalisierung der akw-gegner in den bi's ausführlich zu diskutieren und an den tagen der prozesse bundesweit widerstandsaktionen durchzuführen.



Ein termin für den ersten prozeß steht noch nicht fest.  
Neben der hauptforderung, alle verfahren einzustellen, geht das  
bemühen dahin:

- alle anklagen in einem prozess zusammenzufassen.
- die prozesse nicht vor der großen strafkammer hannover, sondern  
vor dem schöffengericht hameln stattfinden zu lassen.  
Beim schöffengericht ist berufung möglich, bei der strafkammer  
nur revision, d.h. ein urteil dort könnte nur noch wegen  
"rechtsfehlern" angefochten werden.

### in eigener sache

liebe freunde,  
das anti-akw-telegramm scheint vielen akw-gegnern eine hilfe für  
ihre arbeit zu sein. wir haben bestellungen aus dem ganzen bundes-  
gebite bekommen und werden wohl demnächst die auflage auf 2000  
oder mehr erhöhen müssen das bedeutet für uns (hauptsächlich  
durch das verschicken) eine menge zusätzliche arbeit. besonders  
deshalb, weil das telegramm so billig wie nur möglich hergestellt  
wird, zum selbstkostenpreis weitergegeben wird, und als teil un-  
serer öffentlichkeitsarbeit, immer mit wechselnder zusammensetzung  
hergetellt wird ( Information sammeln, überarbeiten, tippen ab-  
ziehen, deckblatt herstellen, legen heften, verschicken, briefe  
beantworten). wir wollen nicht stellvertretend bericht erstatten,  
sondern berichte derjenigen bringen, die aktiv an den jeweiligen  
auseinandersetzungen beteiligt waren, um daraus für eigene aus-  
einandersetzungen zu lernen-- deshalb schickt und kurze berichte  
und einschätzungen, die wir ohne änderungen anbrucken können,  
benachrichtigt uns so früh wie möglich über termine von veran-  
staltungen und aktionen, schickt uns aufruf-erklärungen, damit uns  
zeit zu diskussionen, nachfragen und vorbereitung bleibt.  
wir werden demnächst sondernummern des anti-akw-telegramms mit  
folgenden schwerpunkten herausbringen:

Kontaktadressen der anti-akw-initiativen in der brd und dem ausland  
liste der alternativpresse, vorrangig anti-akw-publikationen  
wichtige literatur über atomindustrie, -energie  
bitte schickt uns eure kontaktadressen sowie kennzeichnung  
eurer publikationen

das anti-akw-telegramm ist über den laden:

ak politische ökologie, 2hh 19, lutterothstr. 33, 040/ 402782

konto: ak politische ökologie postscheck hh 202322-203

zu erreichen. Falls ihr geld auf unser konto eingezahlt habt  
bekommt ihr das telegramm solange zugeschickt, bis der betrag auf-  
gebraucht ist. (telegramm plus porto). besonders schnell und billig  
bekommt ihr as telegramm, wenn ihr das telegramm, wenn ihr es  
über eine bi an eurem heimatort bezieht

### notizen zur wiederaufbereitungsanlage (waa)

mit dem ausbau der atomindustrie wurden die materiellen fakten  
gesetzt und erst anschließend nach lösungen der damit entstandenen  
und z.t. schon vorher bekannten probleme gesucht. d.h. was man bis-  
her über die entso gung hat, ist bestenfalls das bewußtsein, daß  
sich das problem lösen läßt. wird das problem nicht rechtzeitig  
oder überhaupt nicht gelöst, müßte die atomindustrie eingestellt  
werden. unter diesen sachzwang versteht man, wieso atomindustrie  
und staat sich über alle ungelöste probleme hinwegsetzen und die

waa auf jeden fall bauen wollen .

die gefahrlose:

- zwischlagerung
- wiederaufbereitung  
( z.b. rückhaltung von H3, C14, Kr85, Sr90, J131, J129, Pu ...)
- endlagerung

von hochradioaktiven abfallprodukten ist zur zeit nicht möglich - großtechnische anlagen und verfahren sind bisher nicht erprobt. die waa, sollte sie gebaut werden, wir die umwelt in einem für das leben der menschen nicht zu verantwortenden und bisher nichtbekannten ausmaß radioaktiv belasten.

durch das studium der unten angegebenen literatur kann man sich sehr schnell einen überblick über die problematik der waa und der mülldeponie verschaffen:

1. konzept für eine industrielle kernbrennstoff- und wiederaufbereitungsanlage erstellt von bayer ag, gelsenberg ag, hoechst ag, nukem gmbh juli 1975 gibt auskunft über: technisches konzept, funktionsweise, zeitplan, standort, sicherheit, kosten, infrastruktur, bevölkerung)

2. vermerk über die sitzung vom 23.1.76 in aschendorf, kreishaus  
thema: atommülldeponie sowie kernbrennstoffaufbereitungsanlage auf dem hümmeling

3. sitzungsprotokoll über die bsprechung am mittwoch, dem 18.2.76, im niedersächsischen ministerium für wirtschaft und verkehr  
(gespräche zwischen vertretern des bmft, atomindustrie: vertretern der landesregierung auf der einen seite, und den betroffenen kommunen auf der anderen, über fragen des standortes, beeinflussung der region,(wie landwirtschaft, infrastruktur ...), arbeitsplätze, einkommenssteuer, sicherheit usw. )

4. stenographische protokoll 9. sitzung, nichtöffentliche informations-sitzung des ausschusses für forschung und technologie am 25.5.77, 15.05 bonn, bundeshaus

nichtöffentliche anhörung von sachverständigen zum problemkreis wiederaufbereitung und endlagerung

es werden folgende fragen angesprochen:

- forschungs- und entwicklungsplan auf dem gebiet der waa und endlagerung
- großtechnische entsorgung
- probleme bei rückhaltung von jod und krypton
- wiederaufbereitung des abfalls auch anderer länder
- standortfragen: endlagerung in salzformationen, verglasung hochaktiver abfälle
- restrisik n
- zwischlagerung hochaktiver abfälle
- zeitplan, kosten
- notwendigkeit eines eigen kreislaufes usw.

die quellen 2-4 sind bisher nicht veröffentlicht und liegen nur als drucksachen vor.

5. arbeitsgruppe waa, bremen, rororo 4117, 1977  
atommüll oder der abschied von einem teuren traum

#### Zum lager in brokdorf

freitag, 5.8.77, 6.00 wird die wiese am baugelände des akw brokdorf an der b 431 besetzt. die polizei versucht am frühen morgen durch personenkontrollen beobachtung des treffpunktes sowie einer strßensperre hinter wilster den besetzungsvorgang zu behindern. am bauplatz selbst kam es zu keine polizeiberührung. die platzbesetzer beginnen sofort mit dem aufbau des anti-akw-dorfes. wagenburg, zelte, toilettenhaus (kieler landtag), freundschaftshaus. am wochenende kommen küchenhaus mit wachturm, waschraum und kommunikationszentrum dazu.

samstag 6.8.77, gegen 12.00 fordert die behörde zue ersten mal mündlich auf, das lager zu räumen, konnte aber für die übergabe der juristischen anordnung keinen verantwortlichen feststellen. gegen 14.00 nuk-treckerdemo gegen das lager. versuch, den eindruck zu erwecken, daß die bevölkerung nich mit dem lager einverstanden ist. am abend gegen 20.00 demonstrieren darauf örtliche bauern mit traktoren und transparenten "das lager muß bleiben", und beweisen ihre solidarität mit dem anti-atom-dorf. anschließend findet eine erste veranstaltung im lager statt. ca. 200-300 teilnehmer, thema: die diskussion des widerstandes gegen das akw brokdorf.

sonntag 7.8.77 2. aufforderung über lautsprecher, daß lager sofort zu räumen.

montag 8.8.77 aufforderung seitens des kr. steinburg, das dorf bis 20.00 zu räumen. im norddeutschen raum wird mobilisiert. und am abend sind ca. 500 akw-gegner im lager. zu diesem zeitpunkt war es den akw-betreibern aufgrund der vielen menschen im antiatomdorf (vor allem auf den umliegenden dörfern und höfen), nicht möglich, das ultimatum von 20.00 einzuhalten. auf der folgenden veranstaltung wird für di.abend die künftige arbeit der volkshochschule vorgestellt. während der gesamten zeit von fr.-mo. versuchte die nuk den pächter der besetzen wiese (nuk-eigentum) unter druck zu setzen, damit er strafantrag gegen die besetze stellt. der pächter erklärte hierzu daß er sich aus der für- und wider entscheidung heraushalten würde. am montagabend löste die nuk den pachtvertrag, so daß die nuk jetzt wieder hausherr der besetzen wiese.

dienstag 9.8.77 gegen 9.00 aufmarsch von ca. 7 hundertschaften, wasserwerfern usw. aufforderung, bis 9.30 das lager zu räumen. das lager war zu dieser zeit vollkommen von bullen umzingelt, die zufahrtsstr. waren gesperrt. im lager selbst waren etwa 120 besetzer. aufgrund der vorausgegangenen diskussion, daß man es bei diesem kräfteverhältnis auf keine militärische auseinandersetzung ankommen lassen wolle. gegen 9.40 wurden die besetzer auf der b 431 vor dem lager durch eine polizesperre aufgefordert, die peronalien anzugeben. durch eine konsequente verweigerung konnte das verhindert werden. man marschierte mit allen geräten und lebensmitteln nach brokdorf. um 20.00 fand eine öffentliche pressekonferenz mit ca, 150 leuten und pressevertretern statt.

zur zeit wird organisiert, wie die arbeit, die vom lager getragen werden sollte anders durchgeführt werden kann.

# VERHALTEN gegenüber der POLIZEI

## PERSONALIENFESTSTELLUNG:

Die Polizei kann unter dem Vorwand der Gefahrenabwehr jedermann/frau anhalten und die Personalien feststellen.

Eine Weigerung, die Personalien anzugeben, hat zur Folge, daß man auf die Wache mitgenommen wird. Wichtig ist ein gültiger Personalausweis!

Autofahrer: Wagenpapiere und Führerschein nicht vergessen!

Außerdem: fragen nach dem genauen Grund der Personalienfeststellung und Dienstnummer des Polizisten geben lassen.

Sollte man doch unter einem Vorwand zur Wache mitgenommen werden, dann auf keinen Fall Fragen außer zur Person beantworten!!!! Nach der Personalienfeststellung ist die Polizei verpflichtet, einen sofort freizulassen.

## VORLÄUFIGE FESTNAHME:

Die Polizei kann jeden unter folgenden Voraussetzungen vorläufig festnehmen:

- wer auf frischer Tat betroffen wird und sich nicht ausweisen kann oder flieht, um sich der Feststellung der Personalien zu entziehen!

Aktiver Widerstand gegen solche Festnahmen ist dann nicht sinnvoll, wenn dieser von der Polizei mit Gewalt gebrochen werden kann, weil das dem Festgenommenen als Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen wird.

Deshalb: Bei der Festnahme laut den Namen rufen, Umstehende sollten den Namen aufschreiben und sich die genauen Umstände der Festnahme merken!

AUF DER WACHE: Von der Wache aus darf man sofort einen Angehörigen oder Rechtsanwalt verständigen. (Geld zum Telefonieren mitnehmen)

Wenn die Polizisten mit Ausreden kommen, immer wieder drauf bestehen, Dienstnummer verlangen, mit Verfahren drohen!

Während des Aufenthalts auf der Wache nur Angaben zur Person machen! Name, Adresse, allgemeine Berufsbezeichnung wie: Angestellter, Student usw.; nicht Arbeitsstelle oder Angaben über Eltern!!

Keine Aussagen zur Sache machen! Alle Angaben können gegen dich verwandt werden und nützen nur der Polizei bei ihren Ermittlungen.

Keine Unterschriften unter Protokolle oder andere Schriftstücke!!

Bei Verletzungen sofort einen Arzt verlangen! Vom Arzt ein Attest fordern, nach der Entlassung sofort einen weiteren Arzt aufsuchen und Verletzungen attestieren lassen.

Für zerrissene Kleidung etc sofort schriftliche Bestätigung verlangen!

fordert Rechtsmittelbelehrung und schreibt anschließend sofort ein Gedächtnisprotokoll.

ED-BEHANDLUNG: Wenn du auf der Wache erkennungsdienstlich behandelt wirst (Fingerabdrücke, Fotos usw.), leg sofort Widerspruch ein und verlang, daß dieser Widerspruch sowie der ganze Vorgang der Behandlung protokolliert wird.

HAFTRICHTER: Solltest du dem Haftrichter vorgeführt werden, dann auch dort keine Aussagen zur Sache ohne vorherige Beratung mit einem Anwalt!

Die Festnahme darf längstens bis zum Ende des nächsten Tages dauern.

MITGEFANGENE: Merkt Euch die Namen und Anschriften Eurer Mitgefangenen (was zum Schreiben mitnehmen). Zusammen gegen die Behandlung protestieren, aber nicht über Einzelheiten reden - der Feind hört mit.

DENKT DRAN: Adressbücher und ähnliches ist für die Polizei usw ein gefundenes Fressen. Unbedingt dabei sein muß: Ausweis, Papier, Stift, Telefongroschen, Adresse von Rechtsanwälten.

KONTAKTADRESSE DES EA: Während der Lagerzeit ständig zu erreichen unter der Telnr.: 040/436747 in Notfällen nachts unter der Nr.: 040/407785 oder über den Laden des AK Ökologie Lutterothstr. HH Telnr.: 040/402782

# BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ UNTERELBE VERHINDERN WIR DIE RÜCK- FÜHRUNG DER BAUMASCHINEN!

In der Nacht vom 26./27. Oktober 1976 hat die Landesregierung die sofortige Vollziehbarkeit für die erste Teilgenehmigung des KKW Brokdorf erteilt. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde sofort der Baubeginn in Angriff genommen. Die "Festung Brokdorf" wurde errichtet. Die Geschwindigkeit, mit der dies geschah, legt den Schluß nahe, daß die Baufirmen vor der öffentlichen Bekanntgabe dieses Beschlusses informiert waren.

## DIESMAL MÜSSEN WIR WACHSAM SEIN !!!

DIE FESTUNG BROKDORF BESTEHT WEITERHIN!

Das Oberlandesgericht Lüneburg hat bis spätestens zum 30. Juli von den Anklägern und den Angeklagten im Prozess gegen die sofortige Vollziehbarkeit der ersten Teilgenehmigung Schriftsätze zu bestimmten Klagen angefordert. Das Gericht kann theoretisch auf Grund dieser Schriftsätze das Urteil fällen. Dann kann schon im August das Baustopurteil aufgehoben werden. Außerdem werden ständig die Hochspannungsleitungen für das KKW weitergebaut, neuerdings steht wieder ein Bagger und eine neue Baubude auf dem Gelände des Bauplatzes. Das alles deutet darauf hin, daß weitergebaut werden soll.

In der Wilster Marsch wurden ab 9.6.77 ein Bundeswehrmanöver durchgeführt. Es war das erste, das in der Wilster Marsch je durchgeführt wurde und bei dem Einsätze geübt wurden, die beim Einsatz der Bundeswehr im Kampf zur Durchsetzung des Energieprogramms wichtig wären: Versorgung einer Kaserne (= eines Bauplatzes?) von außen, Ausflügen von Verletzten etc.

Es deutet vieles darauf hin, daß der Weiterbau des KKW Brokdorf praktisch vorbereitet wird! Wir aber wollen den Bau des KKW verhindern!

Da ohne Baumaschinen nicht gebaut werden kann, werden wir versuchen, die Rückführung der Baumaschinen zu verhindern. Wir bereiten uns darauf vor und die Voraussetzung für das Gelingen dieses Vorhabens ist, daß die Bevölkerung der Wilster Marsch und alle anderen KKW-Gegner dieses Vorhaben praktisch unterstützen.

Wenn Sie in einer am Bau beteiligten Baufirma tätig sind, oder Freunde von Ihnen, benachrichtigen Sie uns bitte, sobald etwas von einer geplanten Rückführung bekannt wird.

Wenn Sie an einer der Zufahrtsstraßen zum KKW-Bauplatz wohnen, geben Sie uns bitte sofort Bescheid, wenn Bauzüge unter Begleitung von Polizei und Bundesgrenzschutz gesehen werden.

Die KKW-Betreiber zwingen uns dazu, Maßnahmen zu überlegen, wie die Rückführung der Baumaschinen verhindert werden kann. Nicht wir sind die Gewalttäter, sondern diejenigen, die den Bau des KKW gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchsetzen wollen.

UNTERSTÜTZEN SIE DEN KAMPF GEGEN DEN BAU DES KKW PRAKTISCH, RUFEN SIE DIE OFFIZIELLEN KONTAKTADRESSEN DER BUU-MARSCHEN AN! WENN SIE VORBEREITUNGEN FÜR DIE RÜCKFÜHRUNG DER BAUMASCHINEN BEMERKEN!

IM FALLE DER RÜCKFÜHRUNG DER BAUMASCHINEN, IST OFFIZIELLER SAMMELPUNKT DER KKW-GEGER DER MARKTPLATZ IN WILSTER!

# KONTAKTADRESSEN DER BUU - GRUPPEN:

## Barmstedt:

Karl-Heinz Mallorni, Kampstr. 1 2202 Barmstedt 04123/4859

## Brunsbüttel:

Regina Nagel, Raiffeisenstr. 4 2224 Großenrade 04825/2343

## Elmshorn:

Gisela Peter, Königstr. 6 2200 Elmshorn 04121/22696

## Glückstadt:

Kalle Rohdis, Temmingstr. 21 2208 Glückstadt 04124/4555

## Heide:

Bodo Rinas, Post Meldorf 2221 Niendorf 04832/1630  
Irmgard Neck, Nehren 6 2241 Lohe/Rickelshof

## Itzehoe:

Peter Ott, Feldschmiede 69 2210 Itzehoe 04821/62618

## Krempe:

Erich und Hilge Haase, Rathausstr. 7  
2209 Krempe 04824/2886

## Pinneberg:

Sigrid Lange, Friedrich-Wilhelm-Pein-Str. 7  
2081 Appen 04101/207378

## Quickborn:

Karl Pollmann, Hochkamp 24 2086 Quickborn 04106/5723  
Götz Vollertsen, Marienhöhe 136 2086 Quickborn 04106/5516

## Uetersen:

Gerald Sagorski, Wischmühlenweg 22  
2082 Tornesch 04122/52881

## Wedel:

Jürgen Bischoff, Hellgrund 14 2000 Wedel 04103/87149

## V.i.s.d.P.:

Karl Pollmann  
Hochkamp 24  
2086 Quickborn  
Tel. 04106/5723

Eigendruck

29. Juli 1977

**PRESSEERKLÄRUNG ZU DEN ANKLAGEN GEGEN ATOMENERGIEGEGNER IM  
ZUSAMMENHANG MIT DER DEMONSTRATION IN GROHNDE AM 19. MÄRZ 1977**

Zusammen mit 26 Demonstranten sind wir am 19. März dieses Jahres während der Demonstration von 20 000 Atomenergiegegnern gegen das im Bau befindliche Atomkraftwerk in Grohnde festgenommen worden. Gegen sechs von uns wird jetzt Anklage wegen Landesfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und andere Strafvorwürfe erhoben. Unsere Prozesse sollen vor der großen Strafkammer in Hannover verhandelt werden. Diese Kammer wird eingeschaltet, wenn die Schwere der Vorwürfe sehr hohe Strafen erwarten läßt. Diese Strafandrohungen und die umfangreichen und schnellen Ermittlungen sind bisher einmalig im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen Atomanlagen in Westeuropa.

Seit der Bauplatzbesetzung in Wyhl 1975 ist der Widerstand der Bevölkerung gegen das Atomprogramm der Bundesregierung immer mehr angewachsen. Die Gründe, aus denen sich weltweit Menschen gegen Atomanlagen wehren, sind überall ähnlich:

- Atomkraftwerke geben laufend radioaktive Stoffe an die Umwelt ab, die über Nahrungsmittel zu einer erhöhten Sterblichkeit (Krebs) und Erbschäden (Mißbildung) führen. Dies wird von Erbauern und Betreibern bewußt einkalkuliert.
- Es gibt kaum mehr zählbare Stör- und Unfälle in Atomanlagen, bis hin zur Vorstufe nuklearer Katastrophen. Ein Großunfall in Grohnde, der nicht auszuschließen ist, würde mehrere Millionen Menschen töten und die Umgebung auf unabsehbare Zeit unbewohnbar machen.
- Die Atommüllagerung ist weitgehend ungelöst. Sie stellt zusammen mit den Wiederaufbereitungsanlagen eine Gefährdung da, die die direkt von den Atomkraftwerken ausgehende Gefahr um ein vielfaches übertrifft und die Menschheit einige Jahrtausende bedrohen wird.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß auch kleinste Mengen radioaktiver Stoffe für den menschlichen Organismus lebensgefährlich sind. Obwohl diese Gefährdung bekannt und die Probleme ungelöst sind, werden im In- und Ausland weiter Atomanlagen gebaut und betrieben. Unserem Interesse an Gesundheit und sicherer Existenz steht das Profitinteresse der Industrie entgegen, die mit Atomanlagen ganz besonders große Gewinne machen will, und dafür den Tod von Millionen von Menschen in Kauf nimmt. In den Wiederaufbereitungsanlagen werden große Mengen an Plutonium erzeugt. Plutonium ist der Ausgangsstoff für die Herstellung von Atomwaffen.

Viele Menschen haben lange Zeit versucht, in Erörterungsverfahren und Gerichtsverhandlungen ihr Recht auf Gesundheit und eine gesicherte Existenz zu erhalten oder zu verteidigen. Während die betroffene Bevölkerung in Verhandlungssälen über die ungelösten Gefährdungen diskutierten, wurden jedoch außerhalb der Säle vollendete Tatsachen geschaffen: Atomkraftwerke werden weiter betrieben, in Nach- und Nebel-Aktionen Baustellen eingerichtet, AKWs in Betrieb genommen, Atommüll produziert und die Umwelt verseucht. Uns wird eine Spielwiese angeboten, auf der wir unsere Argumente vortragen können, aus denen jedoch keine oder nur unwesentliche Konsequenzen folgten und folgen.

Aufgrund der Erfahrung, daß die Verteidigung der Lebensinteressen nicht an Parteien, Parlamente und Gerichte deligiert werden kann,

sondern daß der Widerstand in die eigenen Hände genommen werden und praktisch zum Ausdruck kommen muß, verlegte die Bevölkerung in Wyhl ihren Widerstand auf den Bauplatz. Durch die Platzbesetzung verhinderte sie bislang den Bau des dort geplanten Atomkraftwerks seit nun dreieinhalb Jahren und erreichte durch politischen Druck die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren.

Die gleichen Erfahrungen machten die AKW-Gegner an anderen Orten wie z.B. in Brokdorf, Gorleben und Grohnde. Dort zeigten mehrere 10 000 Menschen ihre Bereitschaft sich praktisch für ihr Leben einzusetzen. Aufgrund der Erfahrung von Wyhl setzten Regierung und Industrie die Baustellen von Atomkraftwerken wie Brokdorf und Grohnde gegen den Widerstand der Bevölkerung in Nacht- und Nebel-Aktionen unter generalstabsmäßig, militärisch organisiertem Polizeischutz überfallartig durch. Sie sicherten die Bauplätze mit Betonmauern, breiten Wassergräben, Stahlgittern, "Natodraht", Wachmannschaften und abgerichteten Hunden vor der empörten Bevölkerung.

Auch wir sind aufgrund unserer Erfahrung, und weil wir durch jedes AKW bedroht sind, nach Grohnde gegangen, zusammen mit 20 000 AKW-Gegnern, um praktisch den Bau des dortigen Atomkraftwerks zu verhindern. Den breiten und entschiedenen Widerstand großer Teile der Bevölkerung, den von vielen Bürgerinitiativen öffentlich angekündigten Besetzungsversuchen tritt die Regierung mit Polizeieinsätzen von bisher nicht bekannter Brutalität entgegen, um das Atomprogramm durchzusetzen.

- Einsatz chemischer Kampfstoffe, zum Teil aus Wasserwerfern und vom Hubschrauber aus in dichte Menschenansammlungen.
- Einsatz von Reiterstaffeln, die ihre Pferde in rückweichende Demonstranten hineintrieben.
- Willkürlicher Einsatz von Schlagstöcken, Eisenstangen und Steinen durch die Polizei und den Bundesgrenzschutz gegen Demonstranten am Baugelände.
- Als besonders zynische Maßnahme sehen wir in diesem Zusammenhang das geplante Verbot von sogenannten passiven Waffen, von Schutzhelmen, Gesichtstüchern und Gasbrillen an. Wir wagen uns nicht vorzustellen, was einigen von uns passiert wäre, wenn wir diesen Selbstschutz nicht gehabt hätten.
- Es wurden Filme, Fotos in großer Zahl aufgenommen und zivile Polizei unter den Demonstranten eingesetzt, um dies irgendwann einmal gegen jeden Demonstranten verwenden zu können (anstehende Prozesse, Berufsverbote etc.).
- Es wurden Gerüchte über tote Polizisten verbreitet, um die Polizei gegen die Demonstranten aufzuhetzen.

Bei unserer Festnahme und beim Transport zum Hamelner Gefängnis wurden wir mit äußerster Rohheit behandelt. Man nahm uns die Kleidung weg, ließ uns in der Kälte stundenlang stehen, wir bekamen nichts zu essen, man verzögerte uns und verweigerte uns ärztliche Versorgung. Uns wurden angebliche Beweismittel (Spaten, Zwillen...) untergeschoben, wir wurden mit Haftbefehlen wegen versuchten Mordanschlags eingeschüchtert und bis zu 24 Stunden in Polizeizellen gefangen gehalten. Uns wurde Rechts-hilfe von Anwälten und Bürgerinitiativen durch polizeiliche Maßnahmen verweigert oder sehr erschwert.



Die bevorstehenden Prozesse sind politische Prozesse. Der Regierung geht es darum, das Atomprogramm gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. Die Regierung und Betreiber versuchen in einer Diffamierungskampagne den Widerstand dadurch zu brechen, daß sie vor der Öffentlichkeit AKW-Gegner als Verbrecher bezeichnet. Ministerpräsident Albrecht hat uns in der Öffentlichkeit bereits vorverurteilt: "...wir haben eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen; ich hoffe, daß unsere Gesetze es zulassen, daß die dann auch ihrer gerechten Strafe zugeführt werden."

Offensichtlich soll erreicht werden, daß alle AKW-Gegner, die glauben durch das Parlament und die Gerichte AKWs verhindern zu können, sich von aktiven Widerstandsformen distanzieren und die Bewegung gespalten wird. Da offensichtlich ist, daß sich sehr viele Menschen gegen das Atomprogramm wehren, und keine Regierung es sich leisten kann, zur Zeit mehrere hunderttausend Menschen deswegen ins Gefängnis zu bringen, werden bei jeder Demonstration immer wieder einzelne herausgegriffen und verhaftet, um sie dann exemplarisch zu bestrafen und alle anderen abzuschrecken.

Darüberhinaus soll jetzt der Kampf gegen AKWs durch Einschränkung des Demonstrationsrechts mit verhindert werden. Wir werden uns durch dieses Vorgehen von Regierung, Atomindustrie, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten nicht davon abhalten lassen, unser Recht auf Widerstand gegen das lebensgefährliche Atomprogramm und gegen das Spiel mit unserer Gesundheit wahrzunehmen. Wir sollen stellvertretend für den Widerstand vieler 10 000 Menschen vors Gericht gestellt werden.

Wir werden uns nicht von der gerechten Demonstration in Grohnde am 19. März 1977 distanzieren und lassen uns auch nicht spalten!

Wir fordern die sofortige Einstellung unserer Prozesse und halten weiter an unseren Forderungen fest:

KEIN ATOMKRAFTWERK IN GROHNDE UND AUCH NICHT ANDERSWO !

SCHLUß MIT DEN BURGERKRIEGSMANÖVERN DER POLIZEI !

KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE UND ATOMMÜLLDEPONIE !

WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM !

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN

GEGEN AKW-GEGNER !

Wolfgang Giesler  
Bernd Löwe  
Rüdiger Jörß  
Rainer Hartmann  
Christian Matschkus  
Helmuth Oldefest  
Hartwig Hansen  
Klaus-Werner Hahn

Norbert Iwan  
Karl-Conrad Winter  
Mathias Künzel  
Aloisia Breins  
Christian Gehrcke

# Aufruf zur Solidarität mit den verfolgten AKW - Gegnern !



Seit der Bauplatzbesetzung in Wyhl 1975 ist der Widerstand der Bevölkerung gegen das Atomprogramm der Bundesregierung immer mehr angewachsen. Die Gründe dafür sind überall gleich:

- Atomkraftwerke geben laufend radioaktive Stoffe an die Umwelt ab, die über die Nahrungsmittel zu einer erhöhten Sterblichkeit (Krebs) und Erbschäden (Mißbildungen) führen. Dies wird von Erbauern und Betreibern bewußt einkalkuliert.
- Es gibt kaum mehr zählbare Stör- und Unfälle in Atomanlagen, bis hin zur Vorstufe nuklearer Katastrophen. Ein Großunfall bei einem Atomkraftwerk, der nicht auszuschließen ist, würde mehrere Millionen töten und die Umgebung auf unabsehbare Zeit verseuchen und damit unbewohnbar machen.
- Das Problem der Atommüllagerung ist weitgehend ungelöst. Sie stellt zusammen mit den Wiederaufbereitungsanlagen eine Gefährdung dar, die die von den Atomkraftwerken direkt ausgehende Gefahr um ein vielfaches übertrifft und die Menschheit einige Jahrtausende bedrohen wird.

Diese Gefahren werden von der Bundesregierung und von der Atomindustrie bewußt verharmlost; auch mit den Argumenten und Einsprüchen der Bevölkerung setzen sie sich nicht ernsthaft auseinander, weil sie von vornherein entschlossen sind, die Atomkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien zu bauen.

Dies wurde deutlich bei den Gruchtsen Erörterungsterminen und gleichzeitigem Baubeginn über Nacht in Brokdorf. Auch in Grohnde an der Weser wurde trotz 14000 Einwendungen, die nicht behandelt wurden, in ählicher Weise der Bau begonnen.

Dies zeigt, daß man auf formellem Weg kein Gehör findet. Deshalb beschlossen die Bürgerinitiativen am Bauplatz eine Demonstration durchzuführen. Diese Notwehrdemonstration von 25000 Bürgern wurde von der Polizei auf brutalste Weise zerschlagen: Mit Chemical Mace, berittener Polizei, Schlagstöcken usw.

Gleichzeitig wurden 26 Leute festgenommen; gegen 13 von ihnen wird jetzt Anklage wegen Landesfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und anderes erhoben. Die Prozesse sollen teilweise vor der Großen Strafkammer in Hannover verhandelt werden. Der Ausspruch des Ministerpräsidenten Albrecht "...Ich hoffe, daß die Gesetze es zulassen, daß die (Verhafteten) dann auch ihrer gerechten Strafe zugeführt werden..." deutet darauf hin, daß hier eine Vorverurteilung und Abstempelung zu Kriminellen vorgenommen wurde.

Wir dürfen nicht zulassen, daß diese Atomkraftgegner stellvertretend für Zehntausende kriminalisiert und verurteilt werden. Deswegen führen wir eine bundesweite Unterschriftensammlung durch und fordern Sie auf, mit Ihrer Unterschrift unsere Forderungen zu unterstützen!

KEIN AKW IN GROHNDE UND AUCH NICHT ANDERSWO !

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN !

Name

Wohnort

Unterschrift

Die Unterschriftenlisten bitte bis zum 10.Sept. zurück-  
schicken an: Sybille Krüger Gilbertstr. 31 2000Hamburg 50

Ermittlungsausschuß der BUU Hamburg / Jürgen Schneider  
c/o Lutterothstr.33,2000 Hamburg 19  
Konto: westbank Hamburg 11/18413, BLZ 20030000  
Rechtshilfekonto der BUU